

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am  
28.01.2009**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Festsaal,  
Marktplatz 2,  
06100 Halle (Saale),

**Zeit:** 14:05 Uhr bis 16:56 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

## Anwesend sind:

Frau Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados	OB	
Herr Harald Bartl	CDU	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	
Herr Bernhard Bönisch	CDU	
Herr Milad El-Khalil	CDU	
Herr Joachim Geuther	CDU	
Herr Dr. Holger Heinrich	CDU	
Herr Wolfgang Kupke	CDU	
Herr Werner Misch	CDU	
Herr Andreas Nowotny	CDU	
Herr Frank Sänger	CDU	
Herrn Gernot Töpfer	CDU	
Frau Isa Weiß	CDU	
Herr Dr. Erwin Bartsch	DIE LINKE.	
Frau Franziska Godau	DIE LINKE.	
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.	
Herr Uwe Heft	DIE LINKE.	anwesend ab 15:00 Uhr
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	DIE LINKE.	anwesend ab 14:30 Uhr
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE.	anwesend ab 14:05 Uhr
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	
Herr Erhard Preuk	DIE LINKE.	
Herr Hans-Jürgen Schiller	DIE LINKE.	anwesend ab 14:20 Uhr
Frau Frigga Schlüter-Gerboth	DIE LINKE.	
Herr Rudenz Schramm	DIE LINKE.	anwesend ab 14:30 Uhr
Frau Dr. Petra Sitte	DIE LINKE.	anwesend von 16:10 bis 17:40 Uhr
Herr Dr. Mohamed Yousif	DIE LINKE.	
Herr Dr. Justus Brockmann	SPD	
Frau Gertrud Ewert	SPD	
Herr Thomas Felke	SPD	
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	anwesend bis 17:30 Uhr
Frau Hanna Haupt	SPD	anwesend ab 14:48 Uhr
Herr Klaus Hopfgarten	SPD	
Herr Gottfried Koehn	SPD	
Herr Johannes Krause	SPD	
Herr Dr. Andreas Schmidt	SPD	
Herr Dr. Christian Fiedler	GRAUE	
Frau Brigitte Thieme	GRAUE	anwesend ab 14:56 Uhr
Herr Dr. Wilfried Fuchs	FDP	
Herr Andreas Hajek	FDP	
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	
Herr Manfred Schuster	WG-VS 90 e. V. Halle	
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	
Herr Denis Häder	WIR. FÜR HALLE.	
Frau Elke Schwabe	WIR. FÜR HALLE.	anwesend ab 15:00 Uhr
Herr Dietmar Wehrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Mathias Weiland	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Tom Wolter	MitBürger	
Frau Andrea Machleid	NPD	
Herr Dr. Thomas Pohlack	Bürgermeister	
Herr Egbert Geier	BG	
Herr Dr. Bernd Wiegand	BG	
Herr Tobias Kogge	BG	
Herr Wolfram Neumann	BG	

**Entschuldigt fehlen:**

Herr Martin Bauersfeld	CDU
Herr Oliver Christoph Klaus	CDU
Herr Michael Zeidler	SPD
Herr Prof. Dr. Dieter Schuh	UNABHÄNGIGE
Herr Prof. Ludwig Ehrler	MitBürger
Frau Prof. Dorothea Vent	MitBürger
Frau Thea Ilse	WIR. FÜR HALLE.
Frau Dr. Regine Stark	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

## zu **Einwohnerfragestunde**

---

**Herr Dr. Kotte** äußerte sich im Auftrag der Bürgerinitiative Heide-Süd zum TOP 5.7 und TOP 5.8 der heutigen Sitzung - Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 32.3 sowie 32.4 Heide-Süd, 1. Änderung mit folgenden Fragen:

1. Wurden in der Sachdarstellung und Begründung des Aufstellungsbeschlusses Änderung B-Plan 32.3 und 32.4 Heide-Süd von der Stadtverwaltung auch die aus der Auswertung des Fragebogens der Oberbürgermeisterin zu Heide-Süd gezogenen Wünsche und Forderungen der befragten Bürger berücksichtigt?
2. Wann erfährt die Öffentlichkeit das Ergebnis der Auswertungen des Fragebogens zu Heide-Süd?
3. Wann und wo findet das angebotene Heide-Süd-Bürgerforum mit der Oberbürgermeisterin statt?
4. Wieso sind im Rahmen der Bebauungsplanänderungen geometrische Anpassungen wegen welcher schon fertiggestellter Baumaßnahmen und Grundstücksporzellierungen erforderlich?

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** entgegnete zur ersten Frage, dass die Verwaltung die Dinge in dem Aufstellungsbeschluss verankert habe, damit dieser dann in dem entsprechenden Verfahren zum B-Plan werden könne.

Das Ergebnis der Auswertungen des Fragebogens zu Heide-Süd werde in dem Bürgerforum am 11.02.2009, 18:30 Uhr in der Weinberg-Mensa bekanntgegeben. Die gesonderten Einladungen dazu erhalten die Bürger in den kommenden Tagen.

**Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** entgegnete zur vierten Frage, dass dies nicht im Rahmen der Einwohnerfragestunde geklärt werden sollte.

Weiterhin stellte er klar, dass der Stadtrat hier eine Änderung des Bebauungsplanes in diesem Areal beschließe. Danach werde der Entwurf des Bebauungsplanes erarbeitet und öffentlich ausgelegt. Anschließend könne dieser dann sowohl mit allen Trägern öffentlicher Belange als auch mit den Bürgern diskutiert werden.

**Herr Dr. Kotte** fragte, wie sich die Stadtverwaltung zu der Forschungsanlage von Logoil positionieren wird.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** machte deutlich, dass sich die Verwaltung wegen des laufenden Gerichtsverfahrens derzeit nicht äußern werde.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, beendete die Einwohnerfragestunde.

**zu            Vereidigung des Beigeordneten für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung**

---

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, bat **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** um die Vereidigung des neuen Beigeordneten für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, Herrn Tobias Kogge.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** nahm die Vereidigung des Herrn Tobias Kogge vor.

**zu 1           Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

Die 51. öffentliche Tagung des Stadtrates wurde eröffnet und geleitet vom **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Harald Bartl**.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Gegenwärtig seien 39 Mitglieder des Stadtrates (68,42 %) anwesend.

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, bat um eine Auszeit.

---

Der Stadtrat nahm eine Auszeit von 4 Minuten.

---

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, teilte mit, dass inzwischen 40 Mitglieder des Stadtrates (70,18 %) anwesend seien.

**zu 2           Feststellung der Tagesordnung**

---

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, bat darum, folgende Tagesordnungspunkte zu vertagen und infolge dessen von der Tagesordnungsordnung abzusetzen:

- TOP 5.2           Mittelfristiger Schulentwicklungsplan der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 einschließlich der Fortschreibung für das Schuljahr 2009/10  
Vorlage: IV/2008/07382
  
- TOP 7.3           Antrag des Stadtrates Frank Säger (CDU) betreffend die Beiträge der Wohnungsgesellschaften zur Haushaltskonsolidierung  
Vorlage: IV/2009/07716

TOP 7.3.1 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Antrag des Stadtrates Frank Sänger (CDU) zum "Beitrag der Wohnungsgesellschaften" (Finanzausschuss am 20.01.2009 und Stadtrat am 28.01.2009)  
Vorlage: IV/2009/07737

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, informierte weiter, dass zwei Dringlichkeitsanträge der Fraktion DIE LINKE. sowie der CDU-Fraktion vorliegen:

Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) - Einholung einer Stellungnahme der Kommunalaufsicht zur städtischen Finanzierung der Theater und Orchester  
Vorlage: IV/2009/07773

Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zur Umbesetzung eines sachkundigen Einwohners im Kulturausschuss  
Vorlage: IV/2009/07779

**Herr Lange, Fraktion DIE LINKE.**, begründete die Dringlichkeit zur Einholung einer Stellungnahme der Kommunalaufsicht zur städtischen Finanzierung der Theater und Orchester. Der Dringlichkeitsantrag seiner Fraktion resultiere aus den Pressemeldungen der letzten Woche und einer daraus folgenden Ausschusssitzung des Bildungs- und Kulturausschusses des Landtages.

Nach seinen Informationen soll die Stellungnahme zum städtischen Finanzierungsanteil der Theatervertrage im Zuge der Genehmigung des Haushaltsplanes der Stadt Halle eingeholt werden. Da sich aber die Genehmigung des Haushaltsplanes voraussichtlich schwierig gestalten werde, bat er darum, die Stellungnahme des Landesverwaltungsamtes vorher einzuholen. Diese sollte dann schnellstmöglich dem Kultusministerium zur Prüfung zugeleitet werden, um die Theatervertrage unterschreiben zu können.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** erwiderte, dass diesbezüglich bereits ein klärendes Gespräch im Landesverwaltungsamt stattgefunden habe, bei dem Herr Beigeordneter Geier sowie Herr Stiska und Herr Lork anwesend waren. Dort wurde überzeugend dargelegt, dass durch die Gründung der GmbH keine weiteren Aufwüchse entstehen. Diese Ausführungen wurden dem Landesverwaltungsamt bereits schriftlich zugesandt mit der Bitte um eine zeitnahe Stellungnahme.

Daraufhin zog **Herr Lange, Fraktion DIE LINKE.**, den Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE. zurück.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung des Dringlichkeitsantrages der CDU-Fraktion zur Umbesetzung eines sachkundigen Einwohners im Kulturausschuss zur Aufnahme auf die Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO:**  
**Vorlage: IV/2009/07779**

Dieser Antrag wird unter TOP 7.8 beraten.

**mit mehr als 2/3-Mehrheit  
einstimmig zugestimmt**

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, schlug vor, den TOP 5.1

Widerspruch gegen den Stadtratsbeschluss " Abfallgebührensatzung der Stadt Halle (Saale)" (Vorlagen-Nr.:IV/2008/07421)  
Vorlage: IV/2009/07719

und den TOP 7.2

Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE Rechtsmittel in Sachen Müllgebührenurteil betreffend  
Vorlage: IV/2009/07722

gemeinsam zu beraten und darüber abzustimmen.  
Die Mitglieder des Stadtrates erklärten sich damit einverstanden.

Weiterhin liegen zum TOP 5.7

Bebauungsplan Nr. 32.3 Heide-Süd, 1. Änderung - Aufstellungsbeschluss  
Vorlage: IV/2008/07674

und TOP 5.8

Bebauungsplan Nr. 32.4 Heide-Süd, 1. Änderung - Aufstellungsbeschluss  
Vorlage: IV/2008/07675

modifizierte Beschlussvorschläge vor, die aus Änderungsanträgen der Herren Stadträte Dr. Köck und Wehrich resultieren.

Abschließend informierte **Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, dass eine schriftliche Mitteilung zum Antrag der Fraktionsgemeinschaft FDP + GRAUE + WG VS zum Klimaschutz vorliege.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen zur Tagesordnung.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung zur so geänderten Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

Einwohnerfragestunde

Vereidigung des Beigeordneten für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 17.12.2008

4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung am 17.12.2008 gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
  - 5.1 Widerspruch gegen den Stadtratsbeschluss " Abfallgebührensatzung der Stadt Halle (Saale)" (Vorlagen-Nr.:IV/2008/07421)  
Vorlage: IV/2009/07719
  - 7.2 Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE Rechtsmittel in Sachen Müllgebührenurteil betreffend  
Vorlage: IV/2009/07722
  - 5.2 *Mittelfristiger Schulentwicklungsplan der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 einschließlich der Fortschreibung für das Schuljahr 2009/10*  
Vorlage: IV/2008/07382 vertagt
  - 5.3 Jahresabschluss 2007 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung (EfA)  
Vorlage: IV/2008/07698
  - 5.4 Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2009 für den EigenBetrieb Zentrales GebäudeManagement der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: IV/2008/07624
  - 5.5 Wirtschaftsplan 2009 Eigenbetrieb Kindertagesstätten  
Vorlage: IV/2008/07360
  - 5.6 Bestimmung des Verbandsrates und des Stellvertreters des Verbandsrates der Stadt Halle (Saale) sowie des Leiters der Geschäftsstelle für den Planungsverband "Industriegebiet Halle-Saalkreis an der A 14"  
Vorlage: IV/2008/07670
  - 5.7 Bebauungsplan Nr. 32.3 Heide-Süd, 1. Änderung - Aufstellungsbeschluss  
Vorlage: IV/2008/07674
  - 5.8 Bebauungsplan Nr. 32.4 Heide-Süd, 1. Änderung - Aufstellungsbeschluss  
Vorlage: IV/2008/07675
  - 5.9 Einziehung einer Teilstrecke der Willi-Bredel-Straße  
Vorlage: IV/2008/07181
  - 5.10 Einziehung einer Teilstrecke der Erich-Weinert-Straße und Parkplätze Erich-Weinert-Straße  
Vorlage: IV/2008/07187
  - 5.11 Einziehung des Parkplatzes in der Willi-Bredel-Straße  
Vorlage: IV/2008/07188
  - 5.12 Einziehung des Parkplatzes Hemingwaystraße  
Vorlage: IV/2008/07460
  - 5.13 Einziehung des Parkplatzes Wolfgang-Borchert-Straße/Hettstedter Straße  
Vorlage: IV/2008/07463



- 5.14 Einziehung des Parkplatzes Theodor-Storm-Straße/Gellertstraße  
Vorlage: IV/2008/07476
6. Wiedervorlage
- 6.1 Antrag der Fraktionsgemeinschaft FDP+ Graue + WG Volkssolidarität zur Ausrichtung des Hansetages im Sommer des Jahres 2017  
Vorlage: IV/2008/07655
- 6.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) - zur Entwicklung des Flughafens Leipzig/Halle  
Vorlage: IV/2008/07535
7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 7.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Änderung des Halle-Passes  
Vorlage: IV/2008/07713
- 7.2 siehe nach TOP 5.1
- 7.3 *Antrag des Stadtrates Frank Sängler (CDU) betreffend die Beiträge der Wohnungsgesellschaften zur Haushaltskonsolidierung*  
Vorlage: IV/2009/07716 vertagt
- 7.3.1 *Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Antrag des Stadtrates Frank Sängler (CDU) zum "Beitrag der Wohnungsgesellschaften" (Finanzausschuss am 20.01.2009 und Stadtrat am 28.01.2009)*  
Vorlage: IV/2009/07737 vertagt
- 7.4 Antrag der Fraktionsgemeinschaft FDP + Graue + WG Volkssolidarität zur Umbesetzung des Verwaltungsrates der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)  
Vorlage: IV/2009/07723
- 7.5 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Umbesetzung eines Mitglieds im Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beschäftigung  
Vorlage: IV/2009/07726
- 7.6 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion - Wahl zur Besetzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Halle (Saale) hier: Neuwahl eines stellvertretenden stimmberechtigten Mitgliedes  
Vorlage: IV/2009/07725
- 7.7 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion - Wahl zur Besetzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Halle (Saale) hier: Neuwahl eines stimmberechtigten Mitgliedes (ehemals stellv. Mitglied)  
Vorlage: IV/2009/07724
- 7.8 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zur Umbesetzung eines sachkundigen Einwohners im Kulturausschuss  
Vorlage: IV/2009/07779
8. schriftliche Anfragen von Stadträten
- 8.1 Anfrage des Stadtrates Andreas Nowotny (CDU) zu Horten an städtischen Schulen  
Vorlage: IV/2009/07717

- 8.2 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend das Bundesprogramm Kommunal-Kombi  
Vorlage: IV/2009/07718
- 8.3 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend Altersteilzeitmodelle  
Vorlage: IV/2009/07720
- 8.4 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend die Benennung eines Verantwortlichen für Benchmarkings  
Vorlage: IV/2009/07721
- 8.5 Anfrage der Stadträte Wolff/Schuh (Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE) zum Stand der Umsetzung des Kinderspielplatzes Arche Noah am ehemaligen Schulstandort Zeitzer Straße  
Vorlage: IV/2009/07728
- 8.6 Anfrage der Stadträte Wolff/Schuh (Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE) zum Stand der Umsetzung zur Ausschreibung der Straßenbeleuchtung  
Vorlage: IV/2009/07729
- 8.7 Anfrage der Stadträte Wolff/Schuh (Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE) zu den Pflichten des Winterdienstes  
Vorlage: IV/2009/07730
- 9. Mitteilungen
- 9.1 Zusammenstellung aller bisher erfolgten Klimaschutzaktivitäten und deren Auswirkungen in Bezug auf den Antrag der Fraktionsgemeinschaft FDP + GRAUE + WG VS zum Klimaschutz (Vorlage: IV/2008/07311)
- 10. mündliche Anfragen von Stadträten
- 11. Anregungen
- 12. Anträge auf Akteneinsicht

### **zu 3      Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 17.12.2008**

---

**Herr Dr. Wöllenweber, Fraktionsgemeinschaft FDP + GRAUE + WG VS**, bat darum, auf Seite 21, den 2. Satz seiner Ausführungen zu streichen:

„...Der Antrag von Herrn Wehrich würde bis auf den letzten Satz mitgetragen...“

Seines Erachtens sei dieser Satz missverständlich und könne falsch ausgelegt werden.

Weitere Anmerkungen zur Niederschrift der 50. öffentlichen Sitzung des Stadtrates am 17.12.2008 gab es nicht.

**Abstimmungsergebnis zur geänderten Niederschrift:                      mehrheitlich zugestimmt**

**zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung am 17.12.2008 gefassten Beschlüsse**

---

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, verlas die in nicht öffentlicher Sitzung vom 17.12.2008 gefassten Beschlüsse:

**TOP 3.1 Paraphierter DSM-Vertrag  
Vorlage: IV/2008/07106**

**Beschluss:**

Der Stadtrat ermächtigt die Stadtverwaltung, den Vertrag mit der DSM Deutsche Städte Medien GmbH zu schließen.

---

**TOP 3.2 Verkauf des Psychiatrischen Krankenhauses Halle (Saale)  
Vorlage: IV/2008/07618**

**Beschluss:**

1. Der Stadtrat stimmt der Veräußerung des Psychiatrischen Krankenhauses Halle (Saale) einschließlich des Betriebsgrundstückes an die AWO Krankenhausbetriebsgesellschaft mbH zu.
  2. Die Oberbürgermeisterin wird ermächtigt, die zur Umsetzung notwendigen Erklärungen abzugeben.
- 

**TOP 3.3 Vorzeitige Verlängerung des Dienstleistungsvertrages Gebäudereinigung vom 28.09.2001  
Vorlage: IV/2008/07486**

**Beschluss:**

Der Stadtrat verzichtet auf das ordentliche Kündigungsrecht des Dienstleistungsvertrages zur Gebäudereinigung mit der Stadtwirtschaft GmbH Halle (SGH) vom 28.09.2001 zum 30.09.2010 und stimmt einer Verlängerung des Vertrages um weitere 5 Jahre bis zum 30.09.2015 zu.

---

zu 5 **Beschlussvorlagen**

zu 5.1 **Widerspruch gegen den Stadtratsbeschluss " Abfallgebührensatzung der Stadt Halle (Saale)" (Vorlagen-Nr.:IV/2008/07421)  
Vorlage: IV/2009/07719**

---

Auf Antrag der CDU-Fraktion erfolgt ein Wortprotokoll. Dieses ist als Anlage beigefügt.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

1. Der Stadtrat beschließt die Gebührensatzung der Stadt Halle (Saale) in der Fassung der vorgelegten Variante 3.
2. § 10 der Abfallgebührensatzung erhält folgende Fassung:

**§ 10 Inkrafttreten**

- (1) Diese Satzung tritt rückwirkend zum 01.01.2009 in Kraft. Abweichend hiervon treten die in der Anlage zu § 1 Abs. 2 der Abfallgebührensatzung (Gebührentarif) genannten Gebühren unter
  - Punkt 1.3.2.
  - Punkt 2.2.
  - Punkt 2.3.
  - Punkt 4.
  - Punkt 5.5. und
  - Punkt 5.6.am Tag nach der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die bisherige Satzung vom 22.11.2006 außer Kraft.

---

Der Widerspruch ist daher zurückgewiesen.

zu 7.2 **Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE Rechtsmittel in Sachen Müllgebührenurteil betreffend  
Vorlage: IV/2009/07722**

---

(Herr Misch nahm aufgrund von § 31 GO LSA nicht an der Beratung und Abstimmung teil.)

Auf Antrag der CDU-Fraktion erfolgt ein Wortprotokoll. Dieses ist als Anlage beigefügt.

**Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich zugestimmt

**Beschluss:**

Der Oberbürgermeisterin wird empfohlen, die Rechtsmittel in Sachen Müllgebührenurteil zurückzuziehen.

**zu 5.3      Jahresabschluss 2007 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung (EfA)  
Vorlage: IV/2008/07698**

---

Es gab keine Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich zugestimmt

**Beschluss:**

1. Der Jahresabschluss für den Eigenbetrieb für Arbeitsförderung für das Wirtschaftsjahr 2007 wird festgestellt.
2. Der Leitung des EfA wird für das Wirtschaftsjahr 2007 gemäß § 18 Abs. 4 Satz 2 EigenBG LSA Entlastung erteilt.

**zu 5.4      Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2009 für den EigenBetrieb  
Zentrales GebäudeManagement der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: IV/2008/07624**

---

Es gab keine Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich zugestimmt

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt, entsprechend § 10 Abs. 2 a) der Satzung der Stadt Halle (Saale), für den „EigenBetrieb Zentrales GebäudeManagement der Stadt Halle (Saale)“ den Wirtschaftsplan für das Jahr 2009.

**zu 5.5      Wirtschaftsplan 2009 Eigenbetrieb Kindertagesstätten**  
**Vorlage: IV/2008/07360**

---

Es gab keine Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis:**                                    mehrheitlich zugestimmt

**Beschluss:**

**Der Stadtrat stimmt dem Wirtschaftsplan 2009 für den Eigenbetrieb Kindertagesstätten in vorliegender Fassung zu.**

**Finanzielle Auswirkung:**

**Haushaltsstelle 1.4640.6750 Erstattung an Eigenbetrieb Kindertagesstätten**  
**2.126.000 €**

**Haushaltsstelle 1.4640.7150 Zuschuss Eigenbetrieb Kindertagesstätten**  
**21.731.000 €**

**Sobald eine neue Gebührensatzung der Stadt Halle (Saale) vorliegt, wird der Wirtschaftsplan 2009 des Eigenbetriebes Kindertagesstätten angepasst.**

**zu 5.6      Bestimmung des Verbandsrates und des Stellvertreters des Ver-**  
**bandsrates der Stadt Halle (Saale) sowie des Leiters der Geschäfts-**  
**stelle für den Planungsverband "Industriegebiet Halle-Saalkreis an**  
**der A 14"**  
**Vorlage: IV/2008/07670**

---

Es gab keine Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis:**                                    mehrheitlich zugestimmt

**Beschluss:**

1. **Die Stadt Halle (Saale) entsendet den Bürgermeister Herrn Dr. Thomas Pohlack, als Verbandsrat in den Planungsverband „Industriegebiet Halle-Saalkreis an der A 14“.**
2. **Zum Stellvertreter des Herrn Dr. Thomas Pohlack im Verhinderungsfall wird der Ressortleiter für Stadtentwicklung und Freiraumplanung im Stadtplanungsamt, Herr Karsten Golnik, bestellt.**
3. **Als Leiter der Geschäftsstelle wird Herr Karsten Golnik bestimmt.**

**zu 5.7      Bebauungsplan Nr. 32.3 Heide-Süd, 1. Änderung - Aufstellungsbeschluss**  
**Vorlage: IV/2008/07674**

---

Es gab keine Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis:**                      **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss (in modifizierter Form):**

1. Der Stadtrat beschließt, den Bebauungsplan Nr. 32.3 in dem in der Anlage gekennzeichneten Geltungsbereich zu ändern (1. Änderung).
2. *Im Rahmen der Änderung sind die Festlegungen zur Zulässigkeit von Produktion und Vertrieb im Plangebiet neu zu fassen. Darüber hinaus sollen auf der Grundlage eines Lärmgutachtens Lärmkontingente festgesetzt werden.*
3. *Mit dem Änderungsbeschluss werden die Entwicklungsziele der Stadt für das Gebiet „Heide-Süd“ fortgeschrieben und sind bei der Beurteilung von Vorhaben nach § 165 BauGB in Verbindung mit § 145 Abs. 2 BauGB auch während des Planverfahrens anzuwenden.*

**zu 5.8      Bebauungsplan Nr. 32.4 Heide-Süd, 1. Änderung - Aufstellungsbeschluss**  
**Vorlage: IV/2008/07675**

---

Es gab keine Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis:**                      **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss (in modifizierter Form):**

1. Der Stadtrat beschließt, den Bebauungsplan Nr. 32.4 in dem in der Anlage gekennzeichneten Geltungsbereich zu ändern (1. Änderung).
2. *Im Rahmen der Änderung sind die Festlegungen zur Zulässigkeit von Produktion und Vertrieb im Plangebiet neu zu fassen. Darüber hinaus sollen auf der Grundlage eines Lärmgutachtens Lärmkontingente festgesetzt werden.*
3. *Mit dem Änderungsbeschluss werden die Entwicklungsziele der Stadt für das Gebiet „Heide-Süd“ fortgeschrieben und sind bei der Beurteilung von Vorhaben nach § 165 BauGB in Verbindung mit § 145 Abs. 2 BauGB auch während des Planverfahrens anzuwenden.*

**zu 5.9 Einziehung einer Teilstrecke der Willi-Bredel-Straße  
Vorlage: IV/2008/07181**

---

Es gab keine Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich zugestimmt

**Beschluss:**

1. Die Teilstrecke der Willi-Bredel-Straße wird gemäß § 8 Straßengesetz des Landes Sachsen-Anhalt (StrG LSA) eingezogen.
2. Die Stadtverwaltung veranlasst die öffentliche Bekanntmachung der Absicht der Einziehung, die Antragstellung auf Zustimmung der Straßenaufsichtsbehörde sowie die öffentliche Bekanntmachung der Einziehungsverfügung im Amtsblatt der Stadt Halle (Saale).

**zu 5.10 Einziehung einer Teilstrecke der Erich-Weinert-Straße und Parkplätze  
Erich-Weinert-Straße  
Vorlage: IV/2008/07187**

---

Es gab keine Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich zugestimmt

**Beschluss:**

1. Die Teilstrecke der Erich-Weinert-Straße und die daran anschließenden Parkplätze werden gemäß § 8 Straßengesetz des Landes Sachsen-Anhalt (StrG LSA) eingezogen.
2. Die Stadtverwaltung veranlasst die öffentliche Bekanntmachung der Absicht der Einziehung, die Antragstellung auf Zustimmung der Straßenaufsichtsbehörde sowie die öffentliche Bekanntmachung der Einziehungsverfügung im Amtsblatt der Stadt Halle (Saale).

**zu 5.11 Einziehung des Parkplatzes in der Willi-Bredel-Straße  
Vorlage: IV/2008/07188**

---

Es gab keine Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich zugestimmt



**Beschluss:**

1. Der Parkplatz in der Willi-Bredel-Straße wird gemäß § 8 Straßengesetz des Landes Sachsen-Anhalt (StrG LSA) eingezogen.
2. Die Stadtverwaltung veranlasst die öffentliche Bekanntmachung der Absicht der Einziehung, die Antragstellung auf Zustimmung der Straßenaufsichtsbehörde sowie die öffentliche Bekanntmachung der Einziehungsverfügung im Amtsblatt der Stadt Halle (Saale).

**zu 5.12 Einziehung des Parkplatzes Hemingwaystraße  
Vorlage: IV/2008/07460**

---

Es gab keine Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis:**                      mehrheitlich zugestimmt

**Beschluss:**

1. Der selbständige Parkplatz Hemingwaystraße wird gemäß § 8 Straßengesetz des Landes Sachsen-Anhalt (StrG LSA) eingezogen.
2. Die Stadtverwaltung veranlasst die öffentliche Bekanntmachung der Absicht der Einziehung, die Antragstellung auf Zustimmung der Straßenaufsichtsbehörde sowie die öffentliche Bekanntmachung der Einziehungsverfügung im Amtsblatt der Stadt Halle (Saale).

**zu 5.13 Einziehung des Parkplatzes Wolfgang-Borchert-Straße/Hettstedter  
Straße  
Vorlage: IV/2008/07463**

---

Es gab keine Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis:**                      mehrheitlich zugestimmt

**Beschluss:**

1. Der selbständige Parkplatz Wolfgang-Borchert-Straße/Hettstedter Straße wird gemäß § 8 Straßengesetz des Landes Sachsen-Anhalt (StrG LSA) eingezogen.
2. Die Stadtverwaltung veranlasst die öffentliche Bekanntmachung der Absicht der Einziehung, die Antragstellung auf Zustimmung der Straßenaufsichtsbehörde sowie die öffentliche Bekanntmachung der Einziehungsverfügung im Amtsblatt der Stadt Halle (Saale).

**zu 5.14 Einziehung des Parkplatzes Theodor-Storm-Straße/Gellertstraße  
Vorlage: IV/2008/07476**

---

Es gab keine Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

1. Der selbständige Parkplatz Theodor-Storm-Straße/Gellertstraße wird gemäß § 8 Straßengesetz des Landes Sachsen-Anhalt (StrG LSA) eingezogen.
2. Die Stadtverwaltung veranlasst die öffentliche Bekanntmachung der Absicht der Einziehung, die Antragstellung auf Zustimmung der Straßenaufsichtsbehörde sowie die öffentliche Bekanntmachung der Einziehungsverfügung im Amtsblatt der Stadt Halle (Saale).

**zu 6 Wiedervorlage**

**zu 6.1 Antrag der Fraktionsgemeinschaft FDP+ Graue + WG Volkssolidarität  
zur Ausrichtung des Hansetages im Sommer des Jahres 2017  
Vorlage: IV/2008/07655**

---

**Herr Dr. Fuchs, Fraktionsgemeinschaft FDP + GRAUE + WG VS**, teilte mit, dass diesem Antrag in den Fachausschüssen zugestimmt wurde und bat auch die Mitglieder des Stadtrates um Zustimmung, sich für das Jahr 2017 um die Ausrichtung des Hansetages zu bewerben.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

**Die Stadtverwaltung wird beauftragt, sich für das Jahr 2017 um die Ausrichtung des Hansetages zu bewerben.**

**zu 6.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) - zur Entwicklung des Flughafens Leipzig/Halle  
Vorlage: IV/2008/07535**

---

**Herr Wolter, Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger**, fragte, ob die Antwort der Verwaltung eine Vertagung bedeute. Er verstehe die Antwort so, dass die Verwaltung dem Antrag gern zustimmen würde, es aber nicht kann.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** entgegnete, dass die Verwaltung für eine Ablehnung des Antrages plädiert und die Antwort nicht als Vertagung zu verstehen sei.

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE.**, brachte zum Ausdruck, dass seine Fraktion etwas überrascht war, dass die Verwaltung empfiehlt, den Antrag abzulehnen, da Herr Dr. Pohlack Beratungen mit ähnlichem Ziel führt. Mit diesem Antrag wollte man die Arbeit der Verwaltung unterstützen.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** betonte, dass in den entsprechenden Ausschüssen zum Ausdruck gebracht wurde, dass die in dem Antrag genannten Punkte weit über die Möglichkeiten bzw. die Einflussnahme der Verwaltung hinausgehen. Hier werde von der Verwaltung etwas erwartet, dass von der Verwaltung nicht umzusetzen sei. Aufgrund dessen habe man die Ablehnung des Antrages empfohlen.

**Herr Heft, Fraktion DIE LINKE.**, widersprach Frau Oberbürgermeisterin Szabados hinsichtlich der Einflussmöglichkeiten auf bestimmte Dinge. Sie könne sehr wohl Einfluss nehmen, z. B. auf die Deutsche Flugsicherung oder auch auf die Fluglärmkommission.

Er fragte, ob die Bürger dieser Stadt oder das wirtschaftliche Florieren eines Konzerns, der einen Exklusivvertrag mit der Flughafen GmbH habe, wichtiger ist.

**Herr Heft** machte deutlich, dass der ursprüngliche Antrag der CDU-Fraktion und SPD-Fraktion im Prinzip denselben Inhalt enthalte wie der jetzt gestellte Antrag seiner Fraktion. Damals hatte die Oberbürgermeisterin sehr wohl die Möglichkeit, entsprechende Einflüsse auszuüben. Mit dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. werden die Rechte der Bürger im Osten der Stadt Halle erweitert und auf einmal habe die Oberbürgermeisterin keine Einflussmöglichkeiten mehr. Er bat um eine nachvollziehbare Antwort.

**Herr Heft** wies gleichzeitig darauf hin, dass ihm und seiner Fraktion auch die sinnvolle wirtschaftliche Entwicklung des Flughafens wichtig sei, aber nicht die einseitige wirtschaftliche Ausrichtung eines einzigen Konzerns (DHL) zu Lasten der Bürger in der Region. Nicht nur der Osten von Halle wäre betroffen, sondern weitaus mehr.

Weiterhin verwundert ihn, dass im Gegensatz zur Stadt Halle es den Vertretern aus Sachsen durchaus gelungen sei, die Fluglärmkommission und die Deutsche Flugsicherung davon zu überzeugen, den gesamten Lärm von der Stadt Leipzig fernzuhalten.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** betonte, dass der Verwaltung die Interessen und Rechte der Bürger hinsichtlich Umwelt- und Lärmbelastungen wichtig waren und auch weiterhin sind. Dazu seien die Anregungen der Bürgerinitiative aufgegriffen worden und es gebe regelmäßige Treffen bei Herrn Dr. Pohlack.

In der Fluglärmkommission werden die gesetzlichen Möglichkeiten hinsichtlich der Flugrouten sowie die Interessen der Stadt Halle und deren Bürger durch den Vertreter der Stadt Halle eingebracht. Die Entscheidungen darüber lägen aber nicht bei der Stadt Halle.

**Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** stimmte den Ausführungen von Frau Oberbürgermeisterin Szabados zu und fügte hinzu, dass einige Punkte des Antrages so nicht beschlussfähig seien, z. B. Auflagen des Planfeststellungsverbotes oder Kündigung von Exklusivverträgen. Aufgrund dessen könne die Verwaltung dem Antrag in der Form nicht zustimmen.

Die Deutsche Flugsicherung könne man hinsichtlich der Flugrouten nicht beeinflussen, da für diese die Flugsicherheit oberste Priorität habe. Die durch die Deutsche Flugsicherung festgelegten Flugrouten könne man lediglich hinterfragen. Es wurden in der Region Halle - Leipzig keine Flugrouten gefunden, die eine komplette Entlastung bestimmter Siedlungsgebiete ausschließen. Fallen in bestimmten Gebieten die Belastungen weg, treten sie in anderen Gebieten wieder auf. Auch die Veränderung bezüglich der Abflugrichtung Osten habe im Leipziger Raum nicht dazu geführt, dass an bestimmten Stellen totale Entlastung entstanden sei. Die Belastungen und die Belastungsdichte in den einzelnen Gebieten wurden sehr sorgfältig untersucht.

Des Weiteren wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, bestehend aus der Bürgerinitiative und der Verwaltung. Zu einer der Sitzungen habe man einen Fluglotsen aus München eingeladen, der in die Situation zum Flughafen Leipzig/Halle nicht involviert war. Er wurde gebeten, Änderungsmöglichkeiten darzustellen. Diese Hinweise habe man aufgegriffen und in Zusammenarbeit mit der Bürgerinitiative 5 Flugrouten konstruiert, die nach der Geometrie der Abflugkurven für die Stadt Halle Entlastung bringen könnten. Eine Möglichkeit wäre, auch bei Starts von der südlichen Landebahn Richtung Westen früher nach Norden abzukurven, so dass das Siedlungsgebiet Halle-Ost weniger oder gar nicht mehr tangiert werde.

Diesen Vorschlag, so **Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** weiter, habe man als Antrag formuliert und in der letzten Sitzung der Fluglärmkommission im November 2008 offiziell übergeben mit der Bitte um Prüfung durch die Deutsche Flugsicherung. Der Antrag sei vom Vorsitzenden der Fluglärmkommission angenommen worden.

Man gehe davon aus, spätestens in der nächsten Sitzung der Fluglärmkommission zumindest eine Teilantwort zu erhalten. Wenn dem Antrag zugestimmt werde, könnte dies eine erhebliche Entlastung für den Stadtteil Halle-Ost bedeuten.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

### **Beschlussvorschlag:**

*Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt:  
Der Flughafen Leipzig/Halle ist ein Bestandteil der Verkehrsinfrastruktur Mitteldeutschlands. Er nimmt auf die wirtschaftliche und touristische Entwicklung der gesamten Region zunehmend Einfluss. Gewerbliche oder industrielle Ansiedlungen wie die von DHL schaffen nicht nur direkt Arbeitsplätze. Sie ziehen auch Nachfolgeninvestitionen im näheren und weiteren Umfeld an. Wir wollen die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Flughafens, die bei weitem noch nicht ausgeschöpft sind, nutzen. Dies können und wollen wir aber nur gemeinsam mit den Menschen in der Region tun. Eine breite Akzeptanz des Flughafens und seines wirtschaftlichen Umfeldes sind die Basis für weitere Prosperität.*

*Der Flughafen Leipzig/Halle verdankt einen großen Teil seines wirtschaftlichen Wachstums sowohl dem Frachtfluggeschäft als auch der Bereitstellung der Flughafeninfrastruktur für militärische Nutzung zur Unterstützung der völkerrechtswidrigen Kriege der USA im Irak und Afghanistan. Der Bereich Verkehr und Logistik, eine Branche, welche auf Wachstum setzt, wird auch zukünftig die Entwicklung des Airports und seines wirtschaftlichen Umfeldes tragen. Standortvoraussetzungen für diese Branche ist die täglich angemessene Bereitstellung entsprechender Infrastruktur. Zur volkswirtschaftlich sinnvollen Auslastung bedarf es keiner uneingeschränkten Nachtflugerlaubnis. Die Bereitstellung der Flughafeninfrastruktur für Frachtflüge darf die Lebensqualität und den Gesundheitszustand der Menschen im Umfeld des Flughafens Leipzig/Halle nicht beeinträchtigen. Ebenso wenig darf die zunehmende touristische und kulturelle Attraktivität der Städte Leipzig und Halle vom Frachtfluggeschäft negativ beeinträchtigt werden.*

*Fluglärm darf nicht zur Belastung werden.*

*Der Betrieb des Flughafens Leipzig/Halle hat Auswirkungen auf die Anwohner. Dies muss sowohl der Geschäftsführung der Flughafen GmbH als auch den Vertretern der Stadt Halle in den Aufsichtsgremien der Flughafen Leipzig/Halle GmbH als auch der Mitteldeutschen Flughafen AG bewusst sein. Deren Handeln kann sich nicht nur am betriebswirtschaftlichen Ergebnis dieser Gesellschaften ausrichten. Vielmehr haben die Vertreter der Stadt Halle (Saale) auch die Interessen der Stadt und deren Bürger zu vertreten. Fluglärm ist für alle Betroffenen eine hohe Belastung.*

*Zur weitest möglichen Reduzierung des Fluglärms in den An- und Abflugkorridoren fordern wir über die konsequente Umsetzung der rechtlich verbindlichen Nebenstimmungen des Planfeststellungsbeschlusses zur Verminderung von Flug- und Bodenlärm sowie zum Schutz der betroffenen Menschen hinaus:*

- 1. der Vertreter der Stadt Halle (Saale) in der Fluglärmkommission hat die gesetzlichen Möglichkeiten von Durchsetzung der Interessen der Stadt Halle (Saale) und deren Bürgern zur Verringerung der Belastungen durch Fluglärm umfassend zu nutzen und halbjährlich im Ausschuss für Planungsangelegenheiten und im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten Bericht zu erstatten*
- 2. Aufhebung des Verbotes der Nutzung der kurzen Südabkürzung NAMUB und TOR-PU, um die Auflagen des Planfeststellungsbeschlusses Teil A Abschnitt 4.7.6 Az: 14-0513.20-10/14 vom 04.11.2004 unterstützend umsetzen zu können*
- 3. Kündigung des Exklusivvertrages der Flughafen Leipzig/Halle GmbH und DHL zur ausschließlichen Nutzung der südlichen Start- und Landebahn durch DHL*
- 4. Errichtung von zusätzlichen Schallschutzmaßnahmen bei den am stärksten betroffenen Anwohnern*
- 5. Festlegung der Breite des Korridors der das Stadtgebiet Halle (Saale) betreffenden Abflugrouten ODLUN/MAG auf max. 500 m rechts bzw. links der Abflugroute*
- 6. Optimierung des Start- und Landeregimes mit Blick auf die Lärmbelastung*
- 7. Prüfung und wirksame Durchsetzung bzgl. eines höheren Landeentgeltes für ältere, lärmintensive Flugzeuge*
- 8. unverzügliche Überprüfung und Neufestlegung der mit Stand 25.06.2008 bestehenden und ausgewiesenen Lärmschutzbereiche für Tag- und Nachtlärmbelastung im Sinne der §§ 2 und 4 FluLärmG*
- 9. Vollzug der gesetzlichen Verpflichtung des Flughafenbetreibers zur Neufestsetzung der Lärmschutzbereiche gemäß FluLärmG 4 (4) und (5) noch im Jahr 2008*
- 10. unverzügliche Überarbeitung und Neufestlegung der Lärmaktionsplanung der Stadt Halle (Saale) unter Einbeziehung des vom Flughafen Leipzig/Halle verursachten Fluglärms gemäß § 47 d Bundes-Immissionsschutzgesetz*

11. in das Luftfahrthandbuch und in das Betriebshandbuch des Flughafens Leipzig/Halle ist das Verbot des Kreuzens der Start- und Landebahnen beim Abflug, wie bei der Vorstellung der neuen Routen von der DFS München auf der Pressekonferenz am 6. Juni 2007 im Tower Leipzig ausdrücklich betont aufzunehmen. Eine Ausnahme ist die Sperrung der jeweiligen zu überfliegenden Bahn im Havariefall bzw. bei Wartung der Bahn.

Die Oberbürgermeisterin wird aufgefordert, sich in diesem Sinne sowohl für die wirtschaftliche Entwicklung des Flughafens als auch für die Interessen der Anwohner einzusetzen.

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich abgelehnt**

**zu 7 Anträge von Fraktionen und Stadträten**

**zu 7.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Änderung des Halle-Passes  
Vorlage: IV/2008/07713**

---

**Frau Haupt, Fraktion DIE LINKE.**, äußerte, dass sie von der Antwort der Verwaltung, den Antrag abzulehnen, überrascht war, da man sich im Rahmen des Halle-Passes am Limit bewege und das Budget nicht überschreite. Anhand eines Beispiels erklärte sie, dass bei Wegfall des Anspruchs auf den Halle-Pass vor allen Dingen die Möglichkeiten für die Unterstützung der Kinder, wie z. B. für Schulspeisung, Kita, Hort usw., nicht mehr in dem Rahmen gegeben seien. Mit dem Antrag soll sichergestellt werden, dass der bisherige Personenkreis auch weiterhin die Leistungen beziehen könne. Weiterhin werden dadurch u. a. sehr deutlich die Handlungsmöglichkeiten zur Bekämpfung der Kinderarmut in der Stadt aufgezeigt.

Um diese Möglichkeiten bzw. die Intensionen ausführlich darlegen und diskutieren zu können, verwies sie den Antrag namens der Fraktion in den **Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss**.

**Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE**, sprach sich für den Antrag aus. Da dieser Antrag ursprünglich eine Initiative des NEUEN FORUMS gewesen sei, könne man bestätigen, dass das Budget nicht überschritten werde. Ihres Erachtens sollten solche Leistungen an das Gesetz angeglichen werden.

Sie verwies den Antrag namens der Fraktion in den **Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften**.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung**, erläuterte, dass die Verwaltung für alle Menschen dieser Stadt etwas erreichen möchte. Dazu sei aber ein beschlossener Haushalt notwendig.

Derzeit befinde man sich in der vorläufigen Haushaltsführung. Dem Antrag in dieser Situation zuzustimmen, würde bedeuten, dass die Verwaltung erklären müsse, weshalb sie in der vorläufigen Haushaltsführung die freiwilligen Leistungen erhöht, anstatt die Haushaltskonsolidierung umzusetzen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis:**

**verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion NEUES FORUM+UNABHÄNGIGE in den

**Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften**

sowie durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion DIE LINKE. in den

**Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss**

**Beschlussvorschlag:**

*Die Regularien zur Umsetzung des Halle-Passes (Stadtrat vom 26.01.2005 – Vorlage-Nr. III/2004/04204) werden wie folgt ergänzt:*

*Im Punkt des derzeit gültigen Beschlusses wird folgender zweiter Satz neu eingefügt:*

*„Soweit bei diesen Bedarfsgemeinschaften Personen im Haushalt leben, die Wohngeld beziehen, hat auch diese eine Anspruch auf den Halle-Pass.“*

*Der bisherige Satz 2 wird zukünftig Satz 3.*

**zu 7.4     Antrag der Fraktionsgemeinschaft FDP + Graue + WG Volkssolidarität  
zur Umbesetzung des Verwaltungsrates der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)  
Vorlage: IV/2009/07723**

---

Es gab keine Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

**Der Stadtrat bestellt gemäß § 6 Abs. 1 c) der Satzung der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) Herrn Christian Härig in den Verwaltungsrat der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale).**

**zu 7.5 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Umbesetzung eines Mitglieds  
im Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beschäftigung  
Vorlage: IV/2009/07726**

---

Es gab keine Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich zugestimmt

**Beschluss:**

Herr Klaus Hopfgarten scheidet aus dem Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beschäftigung aus.

Der Stadtrat entsendet Frau Gertrud Ewert in den Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beschäftigung.

**zu 7.6 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion - Wahl zur Besetzung des Jugend-  
hilfeausschusses der Stadt Halle (Saale) hier: Neuwahl eines stellver-  
tretenden stimmberechtigten Mitgliedes  
Vorlage: IV/2009/07725**

**zu 7.7 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion - Wahl zur Besetzung des Jugend-  
hilfeausschusses der Stadt Halle (Saale) hier: Neuwahl eines stimm-  
berechtigten Mitgliedes (ehemals stellv. Mitglied)  
Vorlage: IV/2009/07724**

---

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, informierte, dass offen gewählt werden könne, sofern kein Stadtratsmitglied widerspreche.

Herr Misch, CDU-Fraktion, widersprach einer offenen Wahl.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, informierte darüber, dass die Stadtratsmitglieder namentlich aufgerufen werden und beide Stimmzettel - sowohl für die Neuwahl eines stellvertretenden stimmberechtigten Mitgliedes als auch für die Neuwahl eines stimmberechtigten Mitgliedes (ehemals stellv. Mitglied) - ausgegeben werden. Nach dem Wahlgang werde dann zwecks Stimmenaushählung eine Pause eingelegt.

Die Stadtratsmitglieder wurden namentlich aufgerufen.

---

Der Stadtrat legte eine Pause von 25 Minuten ein.

---

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, gab das Wahlergebnis bekannt.



**zu 7.6 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion - Wahl zur Besetzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Halle (Saale) hier: Neuwahl eines stellvertretenden stimmberechtigten Mitgliedes**  
Vorlage: IV/2009/07725

**Abstimmungsergebnis:**

Beschluss per geheimer Wahl  
36 Ja-Stimmen  
10 Nein-Stimmen

**Beschluss:**

1. Frau Gertrud Ewert scheidet als stimmberechtigtes Mitglied aus dem Jugendhilfeausschuss der Stadt Halle (Saale) aus.
2. Der Stadtrat wählt Frau Ewert als stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss der Stadt Halle (Saale).

**zu 7.7 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion - Wahl zur Besetzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Halle (Saale) hier: Neuwahl eines stimmberechtigten Mitgliedes (ehemals stellv. Mitglied)**  
Vorlage: IV/2009/07724

**Abstimmungsergebnis:**

Beschluss per geheimer Wahl  
41 Ja-Stimmen  
5 Nein-Stimmen

**Beschluss:**

Der Stadtrat wählt das bisherige stellvertretende stimmberechtigte Mitglied, Herrn Klaus Hopfgarten als stimmberechtigtes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss der Stadt Halle (Saale).

**zu 7.8 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zur Umbesetzung eines sachkundigen Einwohners im Kulturausschuss**  
Vorlage: IV/2009/07779

---

Es gab keine Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich zugestimmt

**Beschluss:**

1. Als sachkundiger Einwohner im Ausschuss für Kultur scheidet Herr Norbert Böhnke aus.
2. Herr Dr. Frank Hirschinger wird als sachkundiger Einwohner in den Ausschuss für Kultur berufen.

## zu 8 schriftliche Anfragen von Stadträten

### zu 8.1 Anfrage des Stadtrates Andreas Nowotny (CDU) zu Horten an städtischen Schulen Vorlage: IV/2009/07717

Wird der Betreuungsschlüssel für die Betreuung von Kindern in Horten an städtischen Schulen eingehalten?

1. Wenn nein, an welchen Schulen nicht?
2. Sind die Raumkapazitäten für die Horte an städtischen Schulen ausreichend?
3. Wenn nein, an welchen Schulen nicht und welche Maßnahmen ergreift die Stadtverwaltung um diesen Missstand abzustellen?

#### Antwort der Verwaltung:

zu 1:

Wird der Betreuungsschlüssel für die Betreuung von Kindern in Horten an städtischen Schulen eingehalten?

- An kommunalen Förderschulen ist die Schulverwaltung Träger der Hortbetreuung, jedoch gibt es für Förderschulen gemäß KIBEK keinen Betreuungsschlüssel.
- Betreuungsschlüssel der städtischen **Horte**

Einrichtung	Kinder	rechn. Personalbedarf	aktueller Personalstand	$\Delta$
Hort GS Dörlau/Nietleben	174	9,7	10	0,3
Hort GS Büschdorf	83	4,7	5	0,3
Hort GS Diemitz/Freimfelde	119	6,5	6	-0,5
Hort GS Wittekind	110	6,1	6	-0,1
<b>Gesamt</b>	<b>486</b>	<b>27,0</b>	<b>27</b>	<b>0,0</b>

Quelle: EB Kita

In Einrichtungen in denen kurzzeitig der Schlüssel unterschritten ist, wird mit angeordneten Stunden ausgeglichen.

zu 2:

Wenn nein, an welchen Schulen nicht?

- Der Betreuungsschlüssel wird durch das Landesjugendamt geprüft
- Aussagen zum Prüfungsergebnis sind nur über das Jugendamt möglich

zu 3:

Sind die Raumkapazitäten für die Horte an städtischen Schulen ausreichend?

- Prinzipiell gibt es keine Probleme im Zusammenhang mit den Raumkapazitäten, da aus der Sicht des Jugend- und Schulverwaltungsamtes eine Doppelnutzung von Klassenräumen möglich ist
- In den konkreten Schulgebäuden wird zwischen Hort und Schule eine sinnvolle Doppelnutzung abgestimmt
- **Aus Sicht des Eigenbetriebes Kindertagesstätten sind die räumlichen Voraussetzungen im Hort Büschdorf sanierungsbedürftig**

zu 4:

Wenn nein, an welchen Schulen nicht und welche Maßnahmen ergreift die Stadtverwaltung um diesen Missstand abzustellen?

- Ausgehend von Meinungsdivergenzen zwischen Schul- und Hortleitung gibt es dennoch unterschiedliche Auffassungen zur Doppelnutzung von Unterrichtsräumen bzw. Nutzung des Schulgebäudes während der Hortzeit
- Gravierende Widersprüche existieren in folgenden Grundschulen
  - o GS Dürer
  - o GS Büschdorf
  - o GS Johannes

Tobias Kogge  
Beigeordneter

**Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.2      Anfrage der CDU-Fraktion betreffend das Bundesprogramm Kommunal-Kombi  
Vorlage: IV/2009/07718**

In der Bundestagsdrucksache 16/10199 wird eine Übersicht der eingereichten und beschiedenen Anträge zum Bundesprogramm Kommunal-Kombi dargestellt. Darin wird deutlich, dass es per 22. August 2008 aus der Stadt Halle 6 Anträge auf 7 Stellen gab. Aus Magdeburg, beispielsweise, gab es 21 Anträge auf 77 Stellen, aus Zwickau 20 auf 202 und aus Leipzig gar 118 Anträge auf 979 Stellen. Vor diesem Hintergrund fragen wir:

1. Warum gab es aus Halle nicht mehr Anträge?
2. Wie viele Anträge aus Halle gab es bis zum 31.12.2008?
3. Wie viele davon sind inzwischen wie beschieden worden?
4. Wird es weitere Anträge geben?

**Antwort der Verwaltung:**

**Warum gab es aus Halle nicht mehr Anträge?**

Die landesweit insgesamt niedrige Quote der Beantragung ist bedingt durch eine späte Realisierung einer Landesbeteiligung (Bewilligungsbescheid aus dem Juli 2008). Das Bundesprogramm Kommunal-Kombi gibt es seit dem 01.01.2008. Im Rahmen dieses Förderprogramms sollen Arbeitsplätze bei freien und öffentlichen Trägern geschaffen wer-

den. Voraussetzung für eine Förderung ist die tarifgebundene Anstellung von Langzeitarbeitslosen für drei Jahre. Der Bund hat dabei die Förderhöhe in eine Relation zu den potentiellen Einsparungen gebracht, die eine Cofinanzierung seitens des Landes und der Kommunen unabdingbar macht. Selbst dann, wenn Tarifverträge von Trägern Niedriglöhne zulassen. Die freien und öffentlichen Träger hätten sich ab dem 01.01.2008 eine Förderquote von bis zu 700 €/Monat/MA bei einem Mindest-Bruttogehalt von 1000 €/Monat/MA und damit verbundenen Arbeitgeberkosten von ca. 1250 €/Monat/MA über den Bund sichern können. Der Trägeranteil hätte dann 550 €/Monat/MA betragen. Das Land Sachsen-Anhalt hat zwar schon im Frühjahr 2008 eine Cofinanzierung avisiert, konnte die Mittel aber erst ab Ende Juli 2008 mit Verpflichtung zur weiteren kommunalen Beteiligung konkret bereitstellen. Der Mittelansatz ermöglicht die Finanzierung von 95 Stellen bis ins Jahr 2011. Im Sommer 2008 wurden die entsprechenden Anträge auf die Gesamtfinanzierung durch die Stadt Halle gestellt, so dass nach Bewilligung ein sofortiges Antragsverfahren für die Träger realisiert wurde.

### **Wie viele Anträge aus Halle gab es bis zum 31.12.2008?**

In der Stadt Halle wurde das maximale Fördervolumen des Landes Sachsen-Anhalt realisiert. Die Beteiligung des Landes setzt die Beteiligung der Stadt Halle voraus. Mit den Mitteln des Bundes, des Landes Sachsen-Anhalt (220 €/Monat/MA) und der Stadt Halle (140 €/Monat/MA) konnten unter Einbeziehung der freien Träger bis zum November des Jahres insgesamt alle 95 tarifgebundenen Arbeitsplätze für 3 Jahre geschaffen werden. Die Zusammenarbeit mit dem Bundesverwaltungsamt gestaltete sich dabei sehr positiv. Auf Anfrage des Landes hat die Stadt Halle auch signalisiert, dass bei einer entsprechenden Cofinanzierung weitere Arbeitsplätze geschaffen werden können.

### **Wie viele davon sind inzwischen beschieden worden?**

Alle Anträge, die durch Stadt und Land cofinanziert werden, sind bis 30.11.2008 durch die Stadt Halle, das Land Sachsen-Anhalt und den Bund beschieden worden. Im Eigenbetrieb für Arbeitsförderung (EfA) wurde dazu ein relativ unbürokratisches Verfahren entwickelt und umgesetzt. Der EfA hat dabei die Trägerberatung und die Vorbereitung der Antrags- und Bewilligungsunterlagen für die Stadt Halle und das Land Sachsen-Anhalt übernommen. Inzwischen prüft der EfA schon im Auftrag von Stadt und Land die monatlichen Abrechnungen und realisiert die Abschlagszahlungen an die Träger der Maßnahmen. Auch das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Halle wurde von vornherein an der Realisierung dieses Förderprogramms beteiligt.

### **Wird es weitere Anträge geben?**

Für die Umsetzung einer 2. Förderperiode von 2009 bis 2012 ist durch das Land ebenfalls eine Cofinanzierung von weiteren 95 Arbeitsplätzen vorgesehen. Mit einer Umsetzung einer 2. Förderperiode ist im November des Jahres 2009 zu rechnen.

Sowohl im Erfolgsplan als auch im Finanzplan des EfA sind die dafür notwendigen Zuschüsse einnahme- wie ausgabeseitig durch den Stadtrat am 17.12.2008 beschlossen.

Wolfram Neumann  
Beigeordneter für Wirtschaft und Arbeit

## **Sachstand Kommunal Kombi**

**31.12.2008**

- 37 bewilligte Maßnahmen bei 23 Trägern der Stadt Halle mit 95 bewilligten Arbeitnehmern
  - o davon 31 Maßnahmen bei freien Trägern der Stadt Halle mit 61 bewilligten Arbeitnehmern
  - o davon 6 Maßnahmen im Eigenbetrieb für Arbeitsförderung mit 34 bewilligten Arbeitnehmern
  - o von den 95 Arbeitnehmern sind 83 über 50 Jahre alt, für die 83 Arbeitnehmer wurden auch Trägersaufwendungen bewilligt
  - o von den 95 Stellen sind 44 mit Frauen besetzt

### **Aufteilung der bewilligten Mittel**

#### **Laufzeit von 36 Monaten**

2.648.471,76 €	Bundesmittel
752.600,00 €	Land Personalkosten
<u>98.396,32 €</u>	Land Sachkosten
<u>3.499.468,08 €</u>	
472.500,00 €	Stadt Halle ( 138 € / AN / Morat)
<u>403.671,51 €</u>	Eigenmittel Träger
<u>4.375.639,56 €</u>	Gesamtkosten der Maßnahmen

### **Anzahl Träger mit Maßnahmen und Arbeitnehmern**

1. Humanistischer Regionalverband Halle -Saalkreis	4 Maßnahmen,	4 AN
2. Aids Hilfe Halle e.V.	1 Maßnahme,	1 AN
3. Friedenskreis Halle e.V.	1 Maßnahme,	3 AN
4. Felidale Kleintierschutzverein am Rosengarten	1 Maßnahme,	1 AN
5. Halle Neustadt-Verein e.V.	1 Maßnahme,	2 AN
6. Blinden- und Sehbehindertenverband	1 Maßnahme,	2 AN
7. Dornrosa e.V.	1 Maßnahme,	1 AN
8. Soziales Arbeiten und Lernen e.V.	1 Maßnahme,	1 AN
9. Gesellschaft der Freunde des Thalia Theater Halle	1 Maßnahme,	10 AN
10. Kunstverein Talstr.	1 Maßnahme,	1 AN
11. SKV Kita gGmbH	1 Maßnahme,	3 AN
12. MitNähe e.V.	1 Maßnahme,	1 AN
13. Peißnitzhaus e.V.	2 Maßnahmen,	3 AN
14. Evangelische Stadtmission Halle e.V.	5 Maßnahmen,	7 AN
15. Gehörlosen Sport- und Bürgerverein Halle	1 Maßnahme,	1 AN
16. Stadtsportbund Halle e.V.	1 Maßnahme,	10 AN
17. Jugendwerkstatt Bauhof	1 Maßnahme,	3 AN
18. Kunstwerkstatt e.V.	1 Maßnahme,	1 AN
19. Corax e.V.	2 Maßnahmen,	2 AN
20. Freiwilligenagentur Halle/Saalkreis e.V.	1 Maßnahme,	1 AN

21. Jugendzentrum St. Georgen e.V.	1 Maßnahme,	1 AN
22. Tierschutz Halle e.V.	1 Maßnahme,	1 AN
23. Eigenbetrieb für Arbeitsförderung	<u>6 Maßnahmen</u>	<u>34 AN</u>
	37 Maßnahmen	95 AN

### **Mittelabrufe beim Land**

- Bewilligte Personalkosten für das Jahr 2008	78.294,00 €	voll abgefordert
- Bewilligte Sachkosten für das Jahr 2008	18.725,00 €	voll abgefordert

Die nächsten Mittel werden Ende Februar 2009 und dann alle zwei Monate bis 2011 abgerufen.

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.**

### **zu 8.3 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend Altersteilzeitmodelle Vorlage: IV/2009/07720**

---

Auch in der Stadtverwaltung Halle wurden den Mitarbeitern Altersteilzeitmodelle angeboten. Wir fragen die Verwaltung:

1. Welche unterschiedlichen Modelle wurden welchem Mitarbeiterkreis (altersbezogen) in welchen Jahren angeboten?
2. Welche Angebote wurden von wie vielen Mitarbeitern in welchen Jahren angenommen? Wie viele Vollzeitstellen waren davon betroffen? Welche Laufzeiten waren dafür vorgesehen?
3. Welche Personalkosteneinsparungen waren in welchen Jahren damit verbunden?
4. Für wie viele der genehmigten Altersteilzeiten war eine Wiederbesetzung der jeweiligen Stelle von vornherein geplant? (Bitte pro Jahr angeben)
5. Für wie viele der genehmigten Modelle begann in welchem Jahr die planmäßige Ruhephase?
6. In wie vielen der unter 5. erfragten Fälle wurde die Stelle wieder besetzt? Wie viele Wiederbesetzungen erfolgten intern, wie viele extern?
7. Wie hoch waren in welchem Jahr die zusätzlichen Personalkosten, welche durch die unter 6. erfragten Fälle entstanden?
8. Im Finanzausschuss wurde gesagt, dass im Zusammenhang mit der Altersteilzeit „Hilfsstellen“ gebildet worden seien. Im UA 0290 sind dafür im Stellenplan auch tatsächlich Stellen ausgewiesen. Wie viele Stellen waren das in welchem Jahr? Wie viele davon waren Umsetzungen und entfielen im ursprünglichen Unterabschnitt, wie viele waren Erweiterungen des Stellenplans?
9. Auf welcher Rechtsgrundlage agierte die Verwaltung bei diesem Verfahren?

---

### **Antwort der Verwaltung:**

Die Verwaltung bittet, die Beantwortung der Anfrage in die Stadtratssitzung im Februar 2009 zu verschieben.

### Begründung:

Die Beantwortung des umfangreichen Fragenkatalogs, der sich zudem auf die vergangenen Jahre bezieht, erfordert einen gewissen Aufwand, sodass eine fundierte Beantwortung bereits in der Januar-Sitzung nicht möglich ist.

Egbert Geier  
Beigeordneter

---

### **vertagt auf die Stadtratssitzung im Februar 2009**

#### **zu 8.4 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend die Benennung eines Verantwortlichen für Benchmarkings Vorlage: IV/2009/07721**

---

In der Sitzung des Stadtrates vom 27.11.2007 teilte Frau Oberbürgermeisterin Szabados mit, dass die Stadt Halle „über den Deutschen Städtetag in unterschiedlichsten Benchmarkingkreisen mitarbeite“. Und sie sagte zu, sie werde „einen Verantwortlichen in der Verwaltung benennen, bei dem die unterschiedlichen Benchmarkings zusammenlaufen“. Vor diesem Hintergrund fragen wir:

1. Wurde ein Verantwortlicher für Benchmarking benannt? Welche konkreten Aufgaben hat er zu erfüllen?
  2. Welche verwertbaren Erkenntnisse wurden bisher aus welchen Vergleichen gewonnen?
  3. Welche Schlüsse wurden aus diesen Erkenntnissen gezogen und zu welchen Konsequenzen haben diese geführt?
  4. Gibt es Pläne für neue, weitere Benchmarkvergleiche?
- 

### **Antwort der Verwaltung:**

Zur Frage 1.

Die Stabsstelle Strategische Steuerungsunterstützung/Haushaltskonsolidierung wurde als Koordinierungsstelle für Benchmarkvergleiche benannt. Sie ist damit Ansprechpartner für das Benchmarking in der Stadtverwaltung.

Die Beantwortung der Fragen 2 und 4 ist zurzeit in der Prüfung und wird zu einem späteren Zeitpunkt nachgereicht.

Egbert Geier  
Beigeordneter

---

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, äußerte, dass er mit der Antwort der Verwaltung nicht ganz einverstanden sei. Er habe zur Frage 1 hinsichtlich der Aufgaben des Verantwortlichen für Benchmarking eine ausführlichere Antwort erwartet.

Weiterhin machte er darauf aufmerksam, dass seitens der Verwaltung nicht nur eine Antwort zu den Fragen 2 und 4 nachzureichen sei, sondern auch die Antwort der 3. Frage aussteht.

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.5      Anfrage der Stadträte Wolff/Schuh (Fraktion NEUES FORUM + UN-ABHÄNGIGE) zum Stand der Umsetzung des Kinderspielplatzes Arche Noah am ehemaligen Schulstandort Zeitzer Straße  
Vorlage: IV/2009/07728**

---

Unter viel Mühen und gegen den Protest einiger Mitglieder im Stadtrat haben die Mehrheit des Stadtrates, vor allem im Bildungsausschuss, den Schulstandort Zeitzer Straße zu Gunsten eines Hallenspielplatzes für die Betreiber der Arche Noah aufgegeben. Das Konzept das uns vorgestellt wurde, war interessant und versprach auch ein Magnet für Kinder- und Jugendliche außerhalb Halles zu werden. Die Stadtverwaltung hat dem Stadtrat ein unkompliziertes Verfahren mit dem Investor versprochen. In mehreren Gesprächen wurde uns nun mitgeteilt, dass die Betreiber der Arche Noah mit dem bisherigen Verlauf der Angebote seitens der Stadtverwaltung sehr unzufrieden sind und nun nicht mehr am ehemaligen Schulstandort in der Zeitzer Straße investieren wollen. Außerdem überlegen die Investoren einen anderen Standort in einer anderen Stadt vorzuziehen.

Wir fragen daher:

1. Wie ist der Stand der Umsetzung des Projektes Hallenspielplatzes am Standort Zeitzer Straße?
  2. Warum werden die Verhandlungen nicht aus einem Fachbereich heraus geführt?
  3. Was tut die Stadtverwaltung, um diesen Hallenspielplatz hier am Standort zu erhalten?
- 

**Antwort der Verwaltung:**

Das Dezernat Wirtschaft und Arbeit befindet sich gegenwärtig in Gesprächen mit dem Investor für eine mögliche Übernahme der Grundschule Zeitzer Straße.

Um die weiteren Verhandlungen zum jetzigen Zeitpunkt nicht unnötig zu erschweren, wird die Verwaltung nach deren Abschluss im Stadtrat über den Fortgang unaufgefordert berichten.

Wolfram Neumann  
Beigeordneter

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.**



**zu 8.6 Anfrage der Stadträte Wolff/Schuh (Fraktion NEUES FORUM + UN-ABHÄNGIGE) zum Stand der Umsetzung zur Ausschreibung der Straßenbeleuchtung  
Vorlage: IV/2009/07729**

---

Seit August 2008 besteht der Beschluss des Stadtrates, dass die Straßenbeleuchtung der Stadt Halle (Saale) ausgeschrieben werden soll. Der 1. Juli 2009, als Frist für potentielle Bewerber, ist nicht mehr zu halten.

1. Auf welchem Stand befindet sich die Umsetzung der Ausschreibung der Straßenbeleuchtung aktuell?
  2. Gibt es eine aktuelle Versorgungsvereinbarung zwischen den Stadtwerken Halle und der Stadt Halle (Saale)?
  3. Wann war in der Stadtverwaltung erstmals erkennbar, dass der Beschluss des Stadtrates nicht fristgerecht umgesetzt werden kann?
- 

**Antwort der Verwaltung:**

zu Frage 1.

In der Beschlussvorlage vom 27.08.2008 wurde die Notwendigkeit zur fachlichen und rechtlichen Begleitung durch ein externes Büro begründet und bestätigt. Der Vertrag mit dem Büro ILB Dr. Rönitzsch GmbH in Verbindung mit der Kanzlei Becker Büttner Held wurde ausgearbeitet und abgeschlossen. Im Rahmen der Beratungen wurden umfangreiche Fragekataloge, Vorlagen und Bewertungsmuster zur Klärung an die Verwaltung übergeben.

Die Begutachtung der fach- und ämterübergreifenden Fragenkomplexe wird gegenwärtig durchgeführt und erweist sich als komplizierter und schwieriger als im Voraus erkennbar. Die besondere Komplexität besteht u. a. darin, dass nicht nur ein Dienstleistungsvertrag für die Unterhaltung der Beleuchtung, sondern eine Dienstleistung „Beleuchtung“ also unter Einbindung der Stromlieferung, dem Service und einer Investitionspauschale für den Ersatz energieeffizienter Leuchten ausgeschrieben werden soll. Daraus resultieren verschiedene Gestaltungsmöglichkeiten der öffentlichen Beleuchtung, die einen hohen Prüf- und Klärungsaufwand erfordern und sich aus diesen Aspekten ein erhöhter Zeitbedarf ergibt.

Im Januar wurden die Aufgabenteilung und die Eckpunkte mit einem detaillierten Zeitplan zum Ablauf des Vergabeverfahrens abgestimmt und festgelegt. Der Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben wird über den aktuellen Stand des Ausschreibungsverfahrens im Februar informiert.

zu Frage 2.

Für die Weiterführung des Geschäftsbesorgungsvertrages zur Straßenbeleuchtung sowie der Stromlieferung gibt es aktuelle Verträge zwischen der Stadt Halle und der EVH GmbH. Diese laufen auf unbestimmte Zeit und haben eine Kündigungsmöglichkeit für die Stadt, sobald das

o. g. Ausschreibungsverfahren abgeschlossen ist.

Damit ist einerseits Betrieb und Energielieferung sichergestellt, andererseits ein nahtloser Übergang zum - eventuellen – neuen Betreiber gesichert.

zu Frage 3.

Bereits in Ziffer 1 wurde ausgeführt, warum zwei Aspekte des Verfahrens zeitaufwändiger als ursprünglich geplant verliefen:

- a) Der Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben hat nach Entscheidung am 04.09.2008 einen Fixpreis für den Beratervertrag festgelegt. Danach musste das ursprüngliche Vertragsangebot nochmals verhandelt und präzisiert werden.
- b) Das Arbeitsprogramm und die Prüfungen erweisen sich aufwändiger als vorhersehbar. Schwerpunkte mit Klärungsbedarf sind z. B.:
- Leistungs- und Standortkatalog
  - Verknüpfung mit Stromlieferung (Dienstleistung Beleuchtung)
  - Rahmenbedingungen des Vertrages (Investitionen, separate Vergütungen bei Unfällen, Vandalismus etc., Dokumentationspflichten, Einsatz LED-Leuchten)
  - Technische Standards und Leuchtenkatalog
  - Vertragsmodell und Vertragsgestaltung

Die Klärung konnte im Januar abgeschlossen werden.

Dr. Thomas Pohlack  
Bürgermeister

---

**Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE**, fragte bezüglich des Punktes 3 a der Antwort nach, ob durch die erneute Verhandlung und Präzisierung des ursprünglichen Vertragsangebotes die Verwaltung im festgelegten Finanzrahmen bleibt.

**Herr Bürgermeisters Dr. Pohlack** bestätigte dies.

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde mit Nachfragen zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.7 Anfrage der Stadträte Wolff/Schuh (Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE) zu den Pflichten des Winterdienstes  
Vorlage: IV/2009/07730**

---

Nachdem der Winter in seiner vollsten Pracht auch Halle beglückt hat, die Schneeberge aber geräumt werden müssen und die Stadt Halle einen Winterdienst bezahlt, stellen sich für uns folgende Fragen:

1. Welche Pflichten hat der Winterdienst?
  2. Welche Straßen werden beräumt?
  3. Wie ist es möglich, dass Hauptverkehrsstrassen, Fahrradwege die an diesen Strassen angrenzen nicht vom Schnee beräumt sind?
- 

**Antwort der Verwaltung:**

zu Frage 1 und 2

Der Winterdienst in der Stadt Halle wird auf der Grundlage des Straßengesetzes des Landes Sachsen-Anhalt § 9 und 47 und auf der Grundlage der Straßenreinigungssatzung der Stadt Halle durchgeführt. Entsprechend dieser Regelungen und der allgemeinen Rechtsprechung

ist der Winterdienst auf Straßen an Stellen durchzuführen, die verkehrswichtig und gefährlich zugleich sind. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Kommunen ist beim Umfang der Winterdienstleistungen ebenfalls zu beachten.

Unter Maßgabe der Festlegungen im Straßengesetz des Landes Sachsen-Anhalt und der allgemeinen Rechtsauffassung wurde ein Streuplan erstellt. Auf dieser Grundlage erfüllt der Auftragnehmer Stadtwirtschaft Halle GmbH mit ihrem Nachauftragnehmer Hastra die städtischen Pflichten im Winterdienst.

So umfasst der Räum- und Streuplan von insgesamt 650 km Straßen im Stadtgebiet Halle ein Straßennetz von 231 km Straßen. Der Räum- und Streuplan ist im Internet sowie im Intranet für jeden Bürger einzusehen. Hier sind alle verkehrswichtigen und zum Teil gefährlichen Straßen erfasst.

Im Rahmen des finanziellen Spielraumes wird jährlich die Aktualität überprüft und der Räum- und Streuplan gegebenenfalls angepasst. Bei extremer Glättesituation werden auch Straßen, die nicht im Räum- und Streuplan verankert sind, winterdienstlich bearbeitet.

Im Zeitraum vom 05.01. bis zum 13.01.2009 wurden allein in diesen Bereichen 70.000 m<sup>2</sup> zusätzlich gestreut.

zu Frage 3

Alle im Räum- und Streuplan erfassten Hauptverkehrsstraßen wurden ordnungsgemäß geräumt und gestreut.

Der Winterdienst auf Radwegen ist weder in der Straßenreinigungssatzung noch im städtischen Räum- und Streuplan vorgesehen. Einzig allein auf gemeinsamen Geh- und Radwegen wird der Winterdienst durchgeführt, da diese wie Gehwege zu behandeln sind.

Sind Radwege unter winterlichen Bedingungen nicht nutzbar, besteht für die Radfahrer die Möglichkeit, den Straßenbereich zu nutzen.

Die Durchführung des Winterdienstes auf Radwegen war in der Vergangenheit bereits Gegenstand einer Stadtratsanfrage. Der zusätzliche finanzielle Aufwand für die Beräumung von Radwegen würde ca. 100.000 € pro Winterhalbjahr betragen. Die Leistungsfähigkeit der Stadt lässt diesen finanziellen und technologischen Aufwand nicht zu, zumal es sich hierbei weitestgehend um eine freiwillige Leistung handelt.

Dr. Thomas Pohlack  
Bürgermeister

---

**Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE**, äußerte auf die Magdeburger Straße einschl. Fahrrad- und Fußwege bezogen, dass diese kaum durch den Winterdienst geräumt wurde. Dies sei eine Hauptverkehrsstraße und wenn überhaupt, sei der Schnee lediglich von der Straßenmitte auf die Fahrradwege geschoben worden.

Gleichzeitig machte sie aber darauf aufmerksam, dass gegenüber anderen Städten die Beräumung der Straßen in der Stadt Halle besser geregelt sei.

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen zur Kenntnis genommen.**

## zu 9      **Mitteilungen**

### zu 9.1    **Zusammenstellung aller bisher erfolgten Klimaschutzaktivitäten und deren Auswirkungen in Bezug auf den Antrag der Fraktionsgemeinschaft FDP + GRAUE + WG VS zum Klimaschutz (Vorlage: IV/2008/07311)**

---

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

#### **Weitere Mitteilungen:**

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** teilte mit, dass die Fraktionen den Bericht des Landesrechnungshofes hinsichtlich der zweckentsprechenden Verwendung der Haushaltsmittel für die Fraktionsarbeit erhalten haben.

Sie bat die Fraktionen, die in dem Bericht aufgeführten Kritikpunkte ernst zu nehmen und zu klären. Dazu werde Herr Beigeordneter Geier mit den Fraktionsgeschäftsstellen ein Auswertungsgespräch durchführen. Bei dem anschließenden Gesprächstermin mit dem Landesrechnungshof sollten neben der Verwaltung auch die Fraktionsvorsitzenden anwesend sein.

Gleichzeitig müsse man jetzt schon die weitere Verfahrensweise zur Verwendung der Haushaltsmittel für den zukünftigen Stadtrat vorbereiten. Dies soll konform mit den Anregungen des Landesrechnungshofes erfolgen.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** teilte mit, dass die in der Stadtratssitzung am 17.12.2008 nachfolgenden Anfragen durch die Verwaltung schriftlich beantwortet wurden:

- Anfrage Frau Wolff zur Aufstellung von Toiletten auf der Peißnitz,
- Anfrage Herr Weiland und Herr Wolter zum form- und fristgerechten Betriebsübergang des Personals in die Theater, Oper und Orchester GmbH,
- Anfrage Herr Häder zur Gültigkeit der alten Abfallgebührensatzung

Die von Herrn Bönisch gestellte Frage zur Anwesenheit bzw. zum Rederecht der BMA im Stadtrat wurde durch das Rechtsamt geprüft. Im Ergebnis dieser Prüfung wurde festgestellt, dass die BMA Rederecht im Stadtrat habe und es keines gesonderten Beschlusses durch den Stadtrat bedarf.

Weiterhin teilte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** mit, dass am 27.01.2009 im Stadtarchiv eine Kabinettsitzung der Landesregierung in Halle stattgefunden habe. Der Ministerpräsident hatte darauf hingewiesen, dass dies bereits die 8. Kabinettsitzung seit 1990 gewesen sei.

In dieser Sitzung habe man sich u. a. auch über die Finanzsituation der Stadt Halle unterhalten. Es wurde deutlich gemacht, dass es auf den verschiedensten Gebieten einen erheblichen Investitionsstau gebe. Dabei habe sie zum einen auf die Kindergärten und Schulen hingewiesen. Dort bestünde ein Sanierungsbedarf in einer Größenordnung von ca. 17 Mio. € bei Kindergärten sowie ca. 35 Mio. € bei Schulen.

Zum zweiten wurde auf dringende Straßenbaumaßnahmen hingewiesen. Dabei habe man sich insbesondere auf die Straßen mit einer guten Anbindung für die Gewerbegebiete und das Forschungs- und Entwicklungsgebiet Heide-Süd bezogen.

Während dieser Sitzung, so **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** weiter, habe sie bereits eine mündliche Einladung für das Gespräch zum Konjunkturpaket erhalten. Dort werde über die Verteilung der ca. 460 Mio. € beraten.

**Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** teilte zum Thema Friedhof Halle-Neustadt mit, dass es einen Beratungstermin mit einer Arbeitsgruppe gegeben habe. Dort waren neben Mitarbeitern aus der Verwaltung die Kirchengemeinde Halle-Neustadt, der Halle-Neustadt-Verein, der Seniorenrat sowie das Quartiersmanagement vertreten.

Zunächst habe man sich mit der Ausgangssituation beschäftigt. Es wurden die Zahlen analysiert und interpretiert, die zu dieser Entscheidung geführt haben. Im Anschluss daran wurde die Verwaltung gebeten, über diesen Stadtratsbeschluss noch einmal nachzudenken.

Seitens der Verwaltung wurden dann 3 Kompromissvarianten vorgestellt, die alle das Jahr 2038 als Endtermin für die Nutzung des Friedhofes beibehalten, aber die Nutzungsmöglichkeiten in unterschiedlichen Varianten modifizieren. Eine der Varianten sehe ggf. eine nochmalige Grundsatzentscheidung des Stadtrates im Jahre 2018 vor.

Die Vorschläge der Verwaltung werden in der nächsten Sitzung des Arbeitskreises am 04.02.2009 ausgewertet.

Zum Einsturz der Decke in der KGS „Ulrich von Hutten“ äußerte **Herr Bürgermeister Dr. Pohlack**, dass ein Gutachter beauftragt wurde und dieser in den nächsten Tagen das endgültige Ergebnis seiner Untersuchung schriftlich mitteilen werde. Die Verwaltung würde dieses Gutachten den Stadträten bei Bedarf zur Verfügung stellen.

**Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** machte hinsichtlich des Untersuchungsergebnisses deutlich, dass bereits jetzt schon Klarheit darüber herrsche, dass eklatantes Versagen in den einfachsten handwerklichen Fähigkeiten und Fertigkeiten bei der Unterhängung der Decke durch das ausführende Bauunternehmen Schadensursache sei.

Unabhängig von der Frage, ob schwere Gipskartonplatten als Unterhangdecke montiert wurden, seien zu wenig Anker in zu großen Abständen gebohrt und gesetzt worden. Weiterhin habe die ausführende Firma zum einen keine Spezialdübel verwendet, die man an einer Decke zugsicher einbauen könne. Zum zweiten waren die in die Decke eingesetzten Dübel vom Bohrdurchmesser 2 mm zu groß, so dass die Dübel keinen Halt hatten.

Aufgrund dieses Vorfalls habe die Verwaltung alle Räumlichkeiten, die in den letzten Jahren mit Unterhangdecken ausgestattet worden sind, einer erneuten Überprüfung unterzogen. Nach derzeitigem Stand gebe es keinen vergleichbaren Fall, so dass räumliche Sperrungen nicht erforderlich waren.

Jetzt überlege man, so **Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** weiter, wie man sich zukünftig vor Firmen ohne entsprechende Qualifikation schützen könne. Eine Möglichkeit wäre, mit den eigenen Mitarbeitern während der Ausführungsarbeiten der jeweiligen Firma Kontrollen, Nachmessungen usw. durchzuführen. Dies wäre sicher sehr aufwändig, aber aufgrund dieser Erfahrung notwendig.

**Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** bezog sich auf die in der Einwohnerfragestunde am 17.12.2008 von Herrn Manske erneut gestellten Fragen zur Neustädter Passage.

Hinsichtlich der Anfrage zum Einbau eines Personenaufzuges am Treppenaufgang zur Hauptpost müsse die Verwaltung von der Realisierung absehen. Hierbei ging es um einen Spezialaufzug, der vandalsicher sein soll. Das Fundament für diesen Personenaufzug sei zwar schon vorhanden, aber im Ergebnis der Ausschreibung liege man weit über den Kostenschätzungen, so dass der Bau des Aufzuges nicht vertretbar sei. Die Verwaltung denke jetzt über eine erneute Ausschreibung nach bzw. über eine andere Möglichkeit, um dort Abhilfe zu schaffen.

Bezüglich der Anfrage zum nicht funktionierenden Springbrunnen erläuterte **Herr Bürgermeister Dr. Pohlack**, dass hier bei der Beantwortung seitens der Verwaltung eine Verwechslung vorgelegen habe. Man sei von dem Springbrunnen an der Einkaufshalle ausgegangen. Herr Manske fragte aber nach der ehemaligen Brunnenanlage, auf der jetzt 2 Statuen stünden. Hier habe man in den entsprechenden Ausschüssen beschlossen, dass diese beiden Statuen ohne Wasser in die Grünanlage integriert werden.

Zur Anbringung einer Uhr informierte **Herr Bürgermeister Dr. Pohlack**, dass die Anzahl von technisch intakten Uhrenanlagen im öffentlichen Straßenraum an der Neustädter Passage ermittelt wurde. Im Ergebnis dessen halte man eine zusätzliche Uhr für nicht notwendig.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung**, äußerte sich zu dem Projekt „Lernen vor Ort“. Dieses Projekt sei eine gemeinsame Initiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und eine Reihe von deutschen Stiftungen.

Ziel dieses Projektes wäre die Verbesserung der Strukturen und Leistungen des kommunalen Bildungsmanagements. Um bei diesem Projekt mitwirken zu können, habe die Verwaltung bereits einen Antrag gestellt. Folgende Punkte sollen dabei gemeinsam mit der Martin-Luther-Universität untersucht und analysiert werden:

1. Wie viel Geld kommt in der Leistung bei den Bürgern an?  
Hinterfragung der Effizienzen in den eigenen Strukturen.
2. Sind die Angebote entsprechend der veränderten Demografie noch die richtigen oder müsse man nachsteuern?
3. Was könne man tun, wenn ein großer Anteil von Schülern aus unterschiedlichen Gründen die Schule abbricht?

Es wurden erste Gespräche mit dem Kultusministerium geführt hinsichtlich des demografischen Wandels, dem Übergang von Kindergarten zur Grundschule sowie über die Schnittstelle Hort und Grundschule.

Abschließend bedankte sich **Herr Beigeordneter Kogge** für die Unterstützung der Martin-Luther-Universität und für die schnelle und intensive Aufarbeitung durch die Ämter.

**Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Arbeit**, informierte über den Sachstand Eissporthalle. Dort werde gemeinsam mit den Betreibern der Eissporthalle und der Wirtschaftsprüfung ein neues Betriebskonzept für die Eissporthalle erarbeitet. Ziel sei es, eine energetische Sanierung der Eissporthalle im Rahmen des Konjunkturprogramms des Bundes zu realisieren, um langfristig den Eissport für Halle und das südliche Sachsen-Anhalt zu erhalten und dem Schul- und Vereinssport eine Heimat zu bieten.

## zu 10 mündliche Anfragen von Stadträten

---

**Frau Schlüter-Gerboth, Fraktion DIE LINKE.**, fragte zu den Ausführungen von Herrn Bürgermeister Dr. Pohlack bezüglich des Grundsatzentscheides im Jahr 2018 zum Friedhof Halle-Neustadt nach, ob Urnenbeisetzungen jetzt wieder möglich seien.

Daraufhin antwortete **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**, dass Urnenbeisetzungen auf diesem Friedhof immer möglich waren. Außer den Wahlgräbern mit einer Liegezeit von 30 Jahren können in der Zeit von 2008 bis 2018 alle Bestattungen - sowohl Erdbestattungen mit einer Liegezeit von 20 Jahren, als auch Urnenbestattungen mit einer Liegezeit von 10 Jahren - vorgenommen werden.

**Herr Lange, Fraktion DIE LINKE.**, fragte bezogen auf den Deckeneinbruch in der KGS „Ulrich von Hutten“, ob die Firma mit weiteren Arbeiten in Halle beauftragt sei und ob ein Vergabeausschluss erwogen werde.

Zum zweiten fragte **Herr Lange**, weshalb der TOP 5.2 - Schulentwicklungsplan zurückgezogen wurde.

**Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** erläuterte zur ersten Anfrage, dass die Firma keine weiteren Arbeiten in Halle ausführe, aber ein Vergabeausschluss rechtlich nicht möglich sei. Insofern müsse man zukünftig im Zuge der Vergabe ganz besonders darauf achten, dass die technischen Voraussetzungen und Qualifizierungen tatsächlich gegeben sind.

Im Zusammenhang mit dem Gutachten informierte er, dass auch der Gesamtschadensumfang gegenüber der Firma geltend gemacht werde.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung**, äußerte zur zweiten Frage, dass aus dem Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften Änderungen in der Beschlussvorlage hinsichtlich der Kosten und Finanzen für die Verwaltung entstanden seien. Diese Änderungen fachlich zu analysieren und entsprechend einzuarbeiten, war innerhalb der kurzen Zeit bis zur Stadtratssitzung nicht möglich.

**Herr Dr. Bartsch, Fraktion DIE LINKE**, bezog sich auf den Antrag seiner Fraktion von August 2008 hinsichtlich einer Dauerausstellung der Ehrenbürger der Stadt Halle. Gemäß Stellungnahme der Verwaltung sollten bis spätestens November 2008 Überlegungen für eine Ausstellungskonzeption vorgestellt werden. Bisher gab es darüber seitens der Verwaltung keine Information. Er fragte, ob die Verwaltung eine Ausstellungskonzeption für diese Dauerausstellung bereits erarbeitet habe.

Seine zweite Anfrage bezog sich auf den Besuch einer Delegation der zukünftigen Partnerstadt Jiaxing aus China im Dezember 2008. Er äußerte seine Enttäuschung, dass die Medien davon kaum Kenntnis genommen haben und fragte, weshalb im Amtsblatt darüber bisher nicht berichtet wurde.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** entgegnete zur ersten Anfrage, dass die Verwaltung einen Vorschlag für eine Dauerausstellung der Ehrenbürger erarbeitet habe und dieser im Februar im Kulturausschuss vorgestellt werde.

Zur zweiten Anfrage äußerte sie, dass die Presse zu dem Besuch der Delegation eingeladen war und auch ein Pressegespräch stattgefunden habe. Den Umfang der Berichterstattung könne man allerdings nicht beeinflussen.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** sicherte einen nachträglichen Bericht im Amtsblatt über den Besuch der Delegation aus Jiaxing zu.

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, fragte bezüglich des Deckeneinbruchs in der KGS „Ulrich von Hutten“, wer für die Bauabnahme zuständig war und ob diese Person hätte erkennen müssen, dass hier fehlerhaft gearbeitet wurde.

**Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** wies darauf hin, dass bei der Abnahme die fehlerhaften Arbeiten nicht erkennbar waren, da die Decke fertig eingebaut war und die Verankerungen nicht mehr zu sehen waren. Insofern müsse sich derjenige bei der Gebäudeabnahme darauf verlassen, dass der Betrieb entsprechend seiner Zertifikation diese Arbeiten ordnungsgemäß ausgeführt hat. Die Abnahme erfolge dann lediglich durch Inaugenscheinnahme. Dies habe stattgefunden und zunächst waren auch keine Beanstandungen erkennbar gewesen. Erst im Laufe weiterer Tage konnten die Dübel die große Last nicht mehr halten.

Deshalb denke man zukünftig über eine Prüfung seitens der Verwaltung im Moment der Anbringung der Verkleidung nach. Bei Baumaßnahmen, bei denen ein technisch anspruchsvoller Zustand hinter einer Verkleidung verschwindet, egal ob Decke oder Wand, müsse man in Zukunft für die öffentlichen Bauten ganz besonders sicher sein.

Zum zweiten fragte **Herr Krause** nach dem Stand der geplanten Zusammenkunft von Hauptausschuss der Stadt Halle und Kreisausschuss des Saalekreises.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** teilte mit, dass voraussichtlich im Februar, spätestens im März die Einladung durch den Saalekreis erfolgen wird. Das gemeinsame Treffen werde auf der Burg Querfurt stattfinden.

**Herr Misch, CDU-Fraktion**, fragte bezogen auf die Ausführungen von Herrn Bürgermeister Dr. Pohlack zum Friedhof Halle-Neustadt nach den 3 Kompromissen.

**Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** ging nicht im Einzelnen auf diese Kompromisse ein. Er lud Herrn Misch und Frau Schlüter-Gerboth zur nächsten Sitzung der Arbeitsgruppe am 04.02.2009, 16:00 Uhr, in die Räumlichkeiten des Dezernates II herzlich ein und schlug vor, in diesem Zusammenhang darüber zu sprechen.

**Herr Weihrich, Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger**, fragte zu den Ausführungen von Herrn Beigeordneten Neumann hinsichtlich der Eissporthalle, ob der Betrieb der Eissporthalle sicher gestellt sei und die Betreiber nicht von der Insolvenz betroffen sind.



Zum Zweiten bezog er sich auf eine Information im Halle-Forum zum Konjunkturpaket. Dort sei zu lesen, dass die Verwaltung bereits Vorschläge unterbreitet habe, Straßenbauprojekte in Höhe von ca. 50 Mio. € durchzuführen. Er fragte, wie die geplante Verfahrensweise der Stadt Halle bei der Entwicklung von Vorschlägen wäre, die in dieses Konjunkturpaket einbezogen werden sollen. Weiterhin fragte er, ob sicher gestellt sei, dass diese Mittel auch sinnvoll für Energiesparmaßnahmen und andere Baumaßnahmen eingesetzt werden, die eine Haushaltsentlastung herbeiführen.

**Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Arbeit**, antwortete zur ersten Frage, dass der Betrieb der Eissporthalle sicher gestellt ist und den Betreibern keine Insolvenz droht.

Zur zweiten Frage stellte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** dar, dass 65 % in Bildungsinfrastrukturmaßnahmen, wie Kindergärten, Schulen, Volkshochschulen usw. fließen sollen und 35 % in die sogenannte sonstige Infrastruktur.

Die Verwaltung habe Kindergärten und Schulen vorangestellt. Es wurde bereits eine Aufstellung über die notwendigsten und dringendsten Maßnahmen erarbeitet und es wäre sinnvoll, diese Aufstellung weiterzuführen.

Die notwendigen Projekte für die bessere Erreichbarkeit und Straßensanierungen wurden längere Zeit diskutiert und dem Minister jetzt vorgelegt.

Weiterhin teilte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** mit, dass bei Hochbaumaßnahmen die Energiesparmaßnahmen automatisch einfließen.

Auch Maßnahmen, die schon seit längerer Zeit geplant waren, aber nicht realisiert werden konnten, werde man ebenfalls einreichen.

**Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE**, fragte erneut nach den Außenständen aller Träger bei den Hilfen zur Erziehung. Sie behauptete, dass sich die Außenstände auf ca. 3,3 Mio. € belaufen. Seit September 2008 frage sie danach und sowohl im Stadtrat als auch in diversen Fachausschüssen habe die Verwaltung von keinen bis wenigen Außenständen gesprochen und eine schriftliche Antwort zugesagt. Sie kritisierte, dass die Verwaltung 4 Monate für die Antwort ihrer Anfrage gebraucht habe und sowohl den Stadtrat als auch die Fachausschüsse nicht ausreichend informiert habe. Sie bat um eine endgültige Antwort ihrer Anfrage.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** erwiderte darauf hin, dass nach ihrer Information alle Außenstände zum Jahresende beglichen worden sind. Hinsichtlich der langwierigen Antwort erklärte sie, dass nach der Anfrage das zuständige Amt bzw. Dezernat erst prüfen müsse, ob auch gerechtfertigte Forderungen gegenüber der Verwaltung bestünden. Erst dann wäre eine Beantwortung möglich.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung**, stimmte den Ausführungen von Frau Oberbürgermeisterin Szabados zu. Die genannten Außenstände in Höhe von 3,3 Mio. € seien von September 2008. Inzwischen habe die Verwaltung reagiert und diese Forderungen im Dezember 2008 entsprechend beglichen.

**Frau Weiß, CDU-Fraktion**, bezog sich auf einen Bericht in der heutigen MZ zu verstärkten Kontrollen von Fahrradfahrern auf dem Marktplatz und der Leipziger Straße. Aus dem Artikel ginge hervor, dass neben der Polizei auch Mitarbeiter des Ordnungsamtes an diesen Kontrollen beteiligt wären. Sie wies darauf hin, dass die Mitarbeiter des Ordnungsamtes hierfür keinerlei Befugnisse haben. Das sei allein Aufgabe der Polizei.

In diesem Zusammenhang fragte Frau Weiß, welche Aufgaben die Mitarbeiter des Ordnungsamtes dabei haben und ob für diese Mitarbeiter ein Personalüberhang bestünde bzw. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen angeordnet werden müssten.

**Herr Dr. Wiegand, Beigeordneter für Sicherheit, Gesundheit und Sport**, klärte auf, dass dies im Zusammenhang mit dem Projekt „Stadtwachen“ erfolge. Dies beinhalte u. a. eine Vereinbarung mit der Polizei, dass gemeinsame Streifengänge durchgeführt werden. Bei entsprechenden Kontrollen werde aber ausschließlich die Polizei tätig, der Verwaltungsbeamte begleitet und sorgt für den Sicherheitsschutz in der Innenstadt.

Er machte darauf aufmerksam, dass der Bericht in der heutigen MZ sich auf selbstständige Kontrollen der Polizei beziehe, die mit dem Projekt „Stadtwache“ nicht in Verbindung stehen.

**Herr Heft, Fraktion DIE LINKE.**, bezog sich auf seine Anfrage aus der Stadtratssitzung im November 2008 hinsichtlich der Benachteiligung von Fußgängern und Radfahrern an Ampel geregelten Kreuzungen gegenüber dem motorisierten Verkehr. Zu diesem Sachverhalt habe er bisher keine Antwort erhalten.

**Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** äußerte, dass seines Erachtens diese Anfrage schriftlich beantwortet wurde. Er werde dies aber überprüfen.

**Herr Dr. Heinrich, CDU-Fraktion**, fragte, was die Verwaltung hinsichtlich der zunehmenden winterbedingten Straßenschäden tun werde.

**Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** erwiderte, dass die Straßenschäden schnellstmöglich behoben werden.

## zu 11      **Anregungen**

---

**Herr Wehrich, Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger**, regte an, den Radverkehr in das Konjunkturpaket einzubeziehen, da es eine Menge von Investitionsmaßnahmen diesbezüglich gebe.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** nahm diese Anregung auf und wies darauf hin, dass dies auch den Intensionen der Verwaltung entspreche.

## zu 12     **Anträge auf Akteneinsicht**

---

Es lagen keine Anträge auf Akteneinsicht vor.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, beendete die 51. öffentliche Sitzung des Stadtrates.

---

Harald Bartl  
Vorsitzender des Stadtrates

---

Dagmar Szabados  
Oberbürgermeisterin

---

Kraft  
Protokollführerin